

**Autor:** Bosch, Gerhard  
**Seite:** 011  
**Rubrik:** Meinung  
**Gattung:** Tageszeitung

**Nummer:** 225  
**Auflage:** 130.762 (gedruckt) 115.254 (verkauft)  
 121.619 (verbreitet)  
**Reichweite:** 0,49 (in Mio.)

## GASTBEITRAG

## Nicht ganz auf der Höhe

Beim Mindestlohn ignoriert selbst der Sachverständigenrat die neuesten Erkenntnisse, sagt Gerhard Bosch.

Alles spricht dafür, dass jetzt auch Deutschland einen Mindestlohn einführen wird. Das sollte niemanden beunruhigen. Im Gegenteil! Neuere Untersuchungen in den USA, Großbritannien und auch in Deutschland haben gezeigt, dass die Beschäftigten mehr Geld in der Tasche haben und die Auswirkungen auf die Beschäftigung nicht signifikant sind. Mit verbesserten Methoden wurden überdies alte Studien mit einem negativen Ergebnis widerlegt.

Die meisten britischen und amerikanischen Ökonomen haben angesichts dieser Faktenlage ihre Meinung geändert und lehnen Mindestlöhne nicht mehr ab. Ganz anders in Deutschland, wo Realitätsverweigerung überwiegt. Im neuen Jahresgutachten des Sachverständigenrates behauptet die Mehrheit, dass die meisten internationalen Studien auf negative Effekte von Mindestlöhnen hinweisen, und legitimiert damit seine vehemente Ablehnung dieses Instruments. Belegt wird diese Fehldiagnose allein mit einer Literaturstudie (Neu-mark Wascher), die den aktuellen Forschungsstand völlig ausblendet.

Die Schwierigkeiten vieler Ökonomen, Forschungsergebnisse zu akzeptieren, die nicht in ihr Weltbild passen, werden

noch offenkundiger in einer Zusammenfassung der Evaluationen von sechs Branchenmindestlöhnen in Deutschland (Institut der deutschen Wirtschaft, IW). Alle Studien zeigen, dass die Mindestlöhne der Beschäftigung nicht geschadet haben. Beim IW liest man jedoch, dass 47 Prozent der Messungen negative Wirkungen signalisieren.

In den beiden genannten Fällen wurde gegen einen Ethikkodex verstoßen, den der Verein für Socialpolitik 2012 aufgestellt hat, um den lädierten Ruf der Volkswirtschaftslehre nach der Finanzkrise wiederherzustellen. Danach gilt die Selbstverpflichtung, den "Stand der Forschung angemessen und nach den herrschenden Normen zu würdigen". Die Frage drängt sich auf, warum kluge Wissenschaftler ihre Reputation aufs Spiel setzen, um die Koalitionsverhandlungen zu beeinflussen. In der Auftragsforschung des IW wurde offensichtlich die Faktenlage so lange neu sortiert, bis das gewünschte Ergebnis herauskam. Der Sachverständigenrat hingegen hat alle Freiheiten einer unabhängigen Forschung. Die Gründe sind im fast religiösen Glauben an das Funktionieren der Märkte zu suchen. Der britische Ökonom Alan Manning schreibt, dass für

seine Zunft Arbeitsmärkte mit Arbeitgeberübermacht, in denen also die Verhandlungsgleichheit erst durch Mindestlöhne und Tarifverträge hergestellt wird, ähnlich unvorstellbar seien wie eine Kritik am Gesetz der Schwerkraft in der Physik.

Nach Vorstellung der Koalitionäre sollen künftig auch Wissenschaftler in der neuen Mindestlohnkommission sitzen. Da wird es nicht mehr um das "Ob", sondern um das "Wie" gehen. In Großbritannien haben Wissenschaftler hier eine konstruktive Rolle gespielt. Ihre Empfehlungen zum Tempo der Einführung oder zur Höhe waren gut recherchiert und haben politische Konflikte entschärft. Zu hoffen ist, dass auch die deutsche Volkswirtschaft den Weg der Säkularisierung geht und die Politik nicht durch eine Fundamentalopposition gegen Mindestlöhne - wie 2008 bei der Entwicklung der Konjunkturpakete - alleinlässt.

Der Autor ist Geschäftsführender Direktor am Institut Arbeit und Qualifikation der Universität Duisburg-Essen: gastautor@handelsblatt.com

**Wörter:** 434

**Urheberinformation:** Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH 2013: Alle Rechte vorbehalten. Die Reproduktion oder Modifikation ganz oder teilweise ohne schriftliche Genehmigung der Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH ist untersagt. All rights reserved. Reproduction or modification in whole or in part without express written permission is prohibited.